

Vom Höhenfeuer zum Schwelbrand

Ein Jahr nach der Fusions-Abstimmung verhärten sich die Fronten zwischen den beiden Basel

Von Jonas Hoskyn

Basel. Die Hülftenschanze lebt. Ein Jahr nach dem klaren Nein zur Fusion der beiden Basel wird auf beiden Seiten aufgerüstet. Universität, Kultur-Subventionen, Verkehr, Gesundheitsplanung: Immer mehr Differenzen zwischen den Halbkantonen traten in den letzten Monaten zutage. Und weitere dürften folgen. Die Stimmung zwischen den beiden Basel ist mittlerweile nahe beim Gefrierpunkt.

Jahrelang war die Beziehung zwischen den beiden Basel geprägt von einem freundlichen und pragmatischen Miteinander. Zwar kam es immer wieder zu kleineren Meinungsverschiedenheiten zwischen Liestal und Basel, alles in allem fanden die beiden Halbkantone in immer mehr Punkten einen gemeinsamen Nenner. Im Kleinen, aber auch im Grossen wie etwa mit dem Universitäts- oder dem Kulturvertrag.

Mit der Lancierung der Fusionsinitiative änderten sich die Vorzeichen. Die Initianten träumten davon, Geschichte zu machen und fabulierten von der Aufbruchstimmung, welche wie bereits nach der letzten Fusions-Abstimmung 1969 durch die Region gehen würde. Nichts davon geschah auch nur ansatzweise. Stattdessen zeigt sich ein Jahr nach der Abstimmung ein anderes Bild. Beflügelt von Höhenfeuern und über zwei Drittel Nein-Stimmen und mit allen Gemeinden im Rücken werden im Baselbiet immer mehr Abmachungen mit der Stadt infrage gestellt.

«Minderwertigkeitskomplex»

Immer deutlicher tritt der rote Faden von der Fusionsinitiative zur aktuellen Situation zutage. Seit der Abstimmung würden im Baselbiet nicht mehr die Pragmatiker das Wort führen, sondern die Ideologen, sagt Hans Rudolf Bachmann, seinerzeit einer der Initianten. «Bei einigen kriegt man das Gefühl, sie würden lieber verhungern, als etwas mit den Städtern zusammen aufzubauen.» Er sieht darin eine Reaktion auf die Fusionsinitiative, die gewissen Kreisen Angst gemacht habe. Gleichzeitig habe auch die Stadt Fehler gemacht. Der Vorwurf der Überheblichkeit sei nicht ganz von der Hand zu weisen. «Das Bild von den Rampassen steckt immer noch in den Köpfen.» Das heftige Nein habe dann viele in Basel im Stolz verletzt. «Die Städter haben jahrelang nachgegeben. Jetzt schauen sie mehr auf sich selber.» Bestärkt würden diese Tendenzen durch die finanziellen Hiobsbotschaften im Baselbiet. «Dies führt zu einem Minderwertigkeitskomplex. Ein gemeinsamer Feind stört da das Selbstbild und kaschiert die eigene Schwäche», sagt Bachmann.

Verstärkt wurde die Situation durch die Baselbieter Wahlen Anfangs Jahr, aus welchen die rechtsbürgerlichen Kräfte gestärkt hervorgingen. Vier von fünf Mitgliedern der neuen Regierung in Liestal sind Gegner der Fusion. «Der Rechtsrutsch bei den Baselbieter Wahlen Anfangs Jahr war auch eine Folge der Fusionsinitiative», sagt Bachmann. Diese Meinung vertritt auch Regula Nebiker. Die Baselbieter Staatsarchivarin engagierte sich vor einem Jahr für die Initiative zur Prüfung einer Fusion und scheiterte im Frühjahr bei den Baselbieter Wahlen als Regierungsratskandidatin für die SP: «Die Fusionsinitiative war sicher auch ein Grund für unsere Wahlniederlage, aber derjenige, den ich am wenigsten bereue. Ich finde es wichtig, dass man diese Frage periodisch wieder stellt.» Die politische Diskussion um Fusion und Partnerschaft habe Probleme, die jahrelang verdrängt worden waren, zum Vorschein gebracht. «Sie war insofern ein Brandbeschleuniger», sagt Nebiker.

Für Regula Nebiker hat das derzeitige Agieren der Baselbieter Politik «schon fast eine psychologische Komponente»: Viele Baselbieter würden immer noch der Zeit nachhängen, als Basel-Stadt die strukturellen Finanzprobleme hatte und es dem Landkanton gut ging. «Dieses Rückwärtsgewandte, Nostalgie ist eine Verweigerung der Realität», sagt Nebiker, «man hat im Baselbiet viele Probleme vor sich hingeschoben. Die brechen nun auf.» Gleichzeitig



Die Initiative war ein Brandbeschleuniger. Ein Höhenfeuer gegen die Fusion vor der Abstimmung 2014. Foto Dominik Plüss

sieht die Staatsarchivarin die Entwicklung zwischen den beiden Basel in einem grösseren Kontext: «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Nabelschau verfallen. Abkapslung als Reaktion auf die Globalisierung ist europaweit zurzeit ein starker politischer Trend.» Sie sei kürzlich bei Verwandten in Holland gewesen und habe über Politik diskutiert: «Die wären die perfekten

«Die Fusionsgegner profitieren noch immer vom Drive des Abstimmungsergebnisses.»

SVP-Grossrat Joël Thüring

Baselbieter.» Trotzdem bleibt die Liestalerin vorsichtig optimistisch: «Vielleicht muss man durch dies alles durch, damit die Sackgasse spürbar wird.»

«Zu selbstherrlich aufgetreten»

Joël Thüring, Basler SVP-Grossrat und vor einem Jahr einer der wenigen Gegner der Fusionsinitiative in der Stadt, hat da seine Zweifel: «Die aktuellen Diskussionen sind meiner Ansicht nach Anzeichen von grundlegenden Problemen in der Partnerschaft. Dies wird über Jahre weitergehen.» Durch die Initiative hätten die Gegner viele Punkte auf die politische Traktanden-

liste setzen können. «Die Initiative ging nach hinten los. Die Fusionsgegner dagegen profitieren noch immer vom Drive des Abstimmungsergebnisses», sagt Thüring. Durch die Initiative hätten im Baselbiet diejenigen Kreise Aufwind bekommen, welche der Partnerschaft kritischer gegenüberstehen.

Allerdings nimmt der SVP-Grossrat auch den Kanton Basel-Stadt nicht von der Kritik aus: «Die Stadt ist in den letzten Jahren zu selbstherrlich aufgetreten. Man hat es verpasst, den Baselbietern die Vorteile der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Kultur aufzuzeigen. Stattdessen wurde die Fusion als Allheilmittel angepriesen.» Bei vielen Baslern sitze der Frust über das Nein aus der Landschaft sehr tief. «Jetzt gilt alles aus dem Baselbiet als rückständig. Wir sind noch immer der Meinung, das Baselbiet höre in Oberwil auf», sagt Thüring.

Tatsächlich höre man aus der Stadt immer wieder abschätzige Äusserungen über «die Bauern aus dem Baselbiet», sagt SVP-Landrat Hanspeter Weibel. Für ihn ist die Fusionsfrage geklärt und vom Tisch. «Bei all den hitzigen Diskussionen sollte man nicht vergessen, dass die Partnerschaft zwischen Basel-Stadt und Baselland auf einem sehr hohen Level ist. Es gibt schweizweit keine andere so enge partnerschaftliche Verflechtung zwischen zwei

Kantonen.» Allerdings seien bei vielen der Verträge die langfristigen Auswirkungen zu wenig berücksichtigt und Aspekte wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit oder eine Obergrenze der Ausgaben nicht festgeschrieben worden. «Diese Altlasten müssen so schnell wie möglich bereinigt werden.» Insofern sei der Ton im Baselbiet vor allem gegenüber der eigenen Regierung schärfer geworden und nicht gegenüber der Stadt.

Gleichzeitig ist für Weibel auch klar, dass weitere Diskussionen über die Partnerschaft folgen werden: «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch Basel-Stadt finanzielle Probleme haben wird.» Die zu erwartenden Debatten will er aber nicht als Reibereien, sondern als Chance begreifen: «Man wird sich auf den grössten gemeinsamen Nenner einigen, hinter dem dann beide Kantone stehen. Alles, was darüber hinausgehen soll, muss man diskutieren.»

«Verräter»

Nicht alle damaligen Gegner haben mit der Fusionsinitiative abgeschlossen. Während die Internetadresse des Fusions-Komitees «Ein Basel» mittlerweile einem Berliner gehört, welcher für billige Krankenkassenprämien wirbt, ist das Komitee Pro Baselbiet noch immer politisch aktiv. Der letzte Streich: Eine Empfehlung für die nationalen Wahlen

am kommenden Wochenende. Unterstützt werden alle Fusions-Gegner. «Aus unserer Sicht nicht wählbar jedoch sind sämtliche Kandidatinnen und Kandidaten, die sich alle vehement für einen Anschluss von Baselland an Basel eingesetzt haben», schreibt das Komitee. «Die Baselbieter Fusionisten können unsere Bevölkerung weder im Ständerat noch im Nationalrat vertreten, weil sie unseren Kanton abschaffen und liquidieren wollten – und jetzt wieder für ihn kandidieren», sagt Hans A. Jenny, Gründungspräsident des Komitees Pro Baselbiet. Ein Kommentar auf Facebook wird noch deutlicher: «Präsentieren wir diesen Verrätern die Quittung.»

«Die Ablehnung sollte Stillstand verhindern und die Partnerschaft voranbringen.»

Liedermacher Florian Schneider

Das musikalische Aushängeschild der Fusionsgegner war damals der Eptinger Sänger und Liedermacher Florian Schneider mit dem eigens komponierten Rotstab-Lied. Dieser zeigt sich über die Entwicklung seit dem Nein enttäuscht: «Mit der Ablehnung der Fusionsinitiative sollte jahrelanger Planungsstillstand verhindert, dafür die bewährte Partnerschaft zwischen selbstbewussten, selbstständigen Helften einer Schicksalsgemeinschaft auf gegenseitiger Augenhöhe vorangebracht und ausgebaut werden.» Dies bedinge Fairness und Zuverlässigkeit in der Partnerschaft, Weitsicht im Umgang mit gemeinsamen, gewachsenen Errungenschaften und höchstes Augenmass bei Änderungen.

«Die einseitig geplanten Abbauprogramme bei Uni und Kultur belasten aber nun diese Partnerschaft in ihren sensiblen Bereichen. Mit dem starren Blick auf den eigenen kurzfristigen Vorteil und mit Hauruckübungen ist aber rasch zerstört, was lange aufgebaut wurde und vielleicht nicht mehr repariert werden kann. Sollen schon Zeichen gesetzt werden, sind das die falschen.» Viel besser wäre es umgekehrt, wenn das Baselbiet alles unternehmen würde, um der Uni Erweiterungsstandorte zu bieten und selber Hochschulkanton zu werden.

«Und anstatt den kulturellen Institutionen die Luft abzudrehen, sollten diese vielmehr verpflichtet werden, sich als Gegenleistung regelmässig direkt vor Ort bei den Leuten auf dem Land zu präsentieren. Das wären Zeichen echter Partnerschaft», erklärt Florian Schneider dazu.

